

Luxemburg, den 10. Juni 2013

Pressemitteilung



**DEMOKRATESCH
PARTEI**

Institutionelle Krise

Die DP ist entsetzt über die jüngsten Enthüllungen von Generalstaatsanwalt Robert Bieber im Interview bei Radio 100,7 im Zusammenhang mit einem mutmaßlichen Pädophiliedossier, das von SREL-Mitarbeitern zusammengetragen worden sein soll und das zum Ziel hatte, u.a. Robert Bieber in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Die Vertrauensfrage in Bezug auf die Regierung stellt sich nach diesem Interview mehr denn je.

5, rue du St. Esprit
L-1475 Luxembourg

Tel. : 22 10 21
Fax : 22 10 13

dp@dp.lu
www.dp.lu

Wer wollte Robert Bieber schaden?

Diese „Mission“ war schlichtweg illegal, gehört sie doch in keinsten Weise in den vom Gesetz vorgesehenen Zuständigkeitsbereich. Eine zweite „geheime Polizei“ darf es in einem Rechtsstaat nicht geben. Schlimmer noch, diese „Mission“ verfolgte den Zweck, die öffentliche Glaubwürdigkeit von Robert Bieber, der damals die „Bommeleeër-Affäre“ juristisch aufzuarbeiten begonnen hatte, zu zerstören. Ein ungeheuerlicher Vorgang, der die Frage aufwirft, in wessen Interesse dieser Auftrag war bzw. wer ihn initiiert hat.

Untätigkeit von Jean-Claude Juncker zerstört Vertrauen der Justiz

Die DP möchte hervorheben, dass es ein äußerst ungewöhnlicher und mutiger Vorgang ist, dass ein Generalstaatsanwalt und die ehemalige Untersuchungsrichterin in der „Bommeleeër-Affäre“ sich innerhalb weniger Tage zweimal mit Nachdruck im Parlament bzw. öffentlich über die mangelnde politische Unterstützung beschwerten und deutlich die Frage der politischen Verantwortung aufwerfen. Das Vertrauen zwischen Justiz und Exekutive ist demnach zutiefst erschüttert.

Parlament via Geheimdienstkontrollausschuss nicht informiert

Die DP ist zudem fassungslos darüber, dass laut Aussagen des Generalstaatsanwalts Premierminister Jean-Claude Juncker von diesen Vorgängen innerhalb des SREL gewusst haben soll. Dieser hat den parlamentarischen Kontrollausschuss allerdings nicht darüber in Kenntnis gesetzt. Eine weitere Affäre demnach, die Premierminister Juncker dem Kontrollausschuss vorenthalten hat. Eine weitere Affäre, die wiederum die gleichen SREL-Mitarbeiter zu verantworten haben und bei denen wiederum keine disziplinarischen Maßnahmen ergriffen wurden.

Institutionelle Krise wichtiger als Arbeitsbesuch in Griechenland

Die Vertrauensfrage an die Adresse der Regierung drängt sich in den Augen der DP nach den heutigen Enthüllungen umso stärker auf. Die DP kann nicht nachvollziehen, warum das Parlament und die Bürger bis Donnerstag warten müssen, um mit den Regierungsverantwortlichen über diese extrem beunruhigende Situation zu diskutieren. Der Hinweis darauf, dass der Premierminister einen Arbeitsbesuch in Griechenland abstattet, ist in einer derartigen Situation eher ein Vorwand. Er wird dem, in einer derartigen institutionellen Krise gebotenen Respekt gegenüber dem Parlament und den Bürgern, die sich viele berechnigte Fragen stellen, nicht gerecht.